

Die Konsequenzen auf die laufende Rechtsprechung sind, daß die Gesetze wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig sind (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)

Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können.

Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147).

Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegendem juristischen Inhalt lesen (BVerwG a.a.O.).

LESERZUSCHRIFTEN SAAR ECHO (20.02.2006 21:41) Grundgesetz de jure nicht existent

Manfred Herzog, Teutschenthal

Zum Artikel "In der Wirklichkeit ein Unrechtsstaat": Folgender Sachverhalt ist für diesen Beitrag in dieser Diktatur die Ursache: § 317 ZPO Abs. 2 (<http://dejure.org/gesetze/ZPO/317.html>) besagt, daß von einem Urteil oder Beschluß erst dann Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften gefertigt werden dürfen, wenn dieses im Original unterzeichnet wurde. Die kommentierte Fassung geht dabei im Detail sogar auf die Form ein, wie eine derartige Unterschrift erfolgt sein muß:

Hier heißt es: Unterschriften von Richtern müssen stets mit dem Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, daß über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann.

Denn für den Zustellempfänger muß nachprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben.

Deshalb genügt insoweit die Angabe "gez. Unterschrift" nicht. ( vgl. RGZ 159,25,26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 - VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 - VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 - III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 - VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87 )

Da alle "Urteile", "Beschlüsse" etc. NIE von einem Richter bzw. Richterin in der Ausführung handschriftlich unterschrieben sind, ist denen durchaus bekannt, daß sie nicht die juristischen Personen sind, für die sie sich ausgeben. Sie begehen somit nicht nur Amtsanmaßung, sondern betreiben Willkür als eine terroristische, kriminelle Vereinigung auf der Grundlage der Streichung des Artikels 23 GG.

Nachdem die Westalliierten unter dem damaligen amerikanischen Außenminister James Baker am 17. Juli 1990 den Geltungsbereich (Artikel 23) des von ihnen erlassenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gestrichen hatten (siehe auch Landgerichtsurteil Halle - 21 Qs 314/02 - vom 27.01.2003), ist nicht nur das Grundgesetz de jure territorial in seiner Geltung nicht definiert und somit auch nicht anwendbar (sonst würde es auch in den USA, Rußland und auf dem Mond Gültigkeit besitzen und im Widerspruch zu dortigen Verfassungen stehen), sondern alle anderen, sich bisher in seiner Anwendbarkeit darauf berufenden Gesetze (wie z. B. das deutsche Richtergesetz, das Beamtengesetz, die Strafprozeßordnung und das Ordnungswidrigkeitengesetz) sind mit dieser Streichung seit dem 18. Juli 1990 um 0 Uhr außer Kraft gesetzt worden.

„ ... Alle seit ihrem Erlöschen am 18.7.1990 von der Regierung und den Behörden der sog. " Bundesrepublik Deutschland " getätigten sog. Rechtsgeschäfte und sog. Verwaltungsakte sind demzufolge RECHTSWIDRIG !!!

Alle seit dem 18.7.1990 von der erloschenen " Bundesrepublik Deutschland " und deren Vertretern geschlossenen Verträge mit anderen Ländern und internationalen Organisationen sind rechtsungültig. Sie sind daher weder für Bürger der nicht mehr existenten " Bundesrepublik Deutschland ", noch für Bürger des Staates Deutsches Reich, noch für die jeweiligen Vertragspartner bindend. Dies begründet auch die derzeitige Situation in der EU für die Vertragspartner mit Deutschland. Das Sozialgericht

BERLIN ( Aktenzeichen S 72 Kr 433/93 ) hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.5.1992 festgestellt, daß der sogenannte "Einigungsvertrag" vom 31. August 1990 ( BGBl. 1990, Teil II, Seite 890 ) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17.7.1990 aufgelöst worden ist.

Artikel 1 des sog. " Einigungsvertrages" besagt, daß die Länder Brandenburg, Mecklenburg - Vorpommern, Sachsen, Sachsen - Anhalt und Thüringen gemäß Artikel 23 des "Grundgesetzes" am 3.10.1990 Länder der " Bundesrepublik Deutschland " werden.

Da dieser Artikel jedoch bereits am 17.7.1990 durch die Alliierten aufgehoben war, konnte ein rechtswirksamer Beitritt der ehemaligen DDR zu keinem Zeitpunkt erfolgen.

Somit konnte auch kein Bürger der ehemaligen DDR dem territorialen Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten.

Zudem wird in den Printmedien der BRD der sog. Einigungsvertrag immer ohne die Protokollerklärung abgedruckt.

Die Protokollerklärung zum Einigungsvertrag lautet: "Beide Seiten sind sich einig, daß die Festlegung des Vertrags unbeschadet der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung noch bestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes sowie der noch ausstehenden Ergebnisse der Gespräche über die äußeren Aspekte der Herstellung der Deutschen Einheit getroffen werden." ...“ (Aus „Verfassung ohne Volk - Volk ohne Verfassung“ von Bernhard Becker, 03.10.2003)

Die somit hier als Richter, Polizisten bis hin zu Sachbearbeitern bei Bundesbehörden tätigen Bürger arbeiteten über Nacht nicht nur ohne gesetzliche Grundlagen, sondern gehören auch keinem völkerrechtlich existierenden Staat an, da dieser an dem oben genannten Tag durch Streichung des Geltungsbereiches aufgelöst wurde. Was den Beitritt der ehemaligen DDR zur BRD durch die Auflösung der Volkskammer durch den damaligen sowjetischen Außenminister Eduard Shevardnadse anbetrifft, so stellte das Sozialgericht Berlin (- S 56 Ar 239/92 -) im Urteil einer Negationsklage vom 19. Mai 1992 fest, daß der so genannte "Einigungsvertrag" vom 31. August 1990 (BGBl. 1990, Teil II, S. 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17. Juli 1990 aufgelöst worden ist.

( <http://www.saar-echo.de/de/art.php?a=30927> )

Und überhaupt, DEUTSCHLAND ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges KEIN souveräner Staat, sondern militärisch besetztes Gebiet der alliierten Streitkräfte, vor allen Dingen der Hauptsiegermacht, den Vereinigten Staaten von Amerika!

LESERZUSCHRIFTEN SAAR ECHO (23.02.2006 09:34)

Vom Anwalt zum Alg-Empfänger Manfred Herzog. Teutschenthal

Zur Serie "Rechts- oder Unrechtsstaat": Wie ich schon einmal in einem Leserbrief schrieb, können sogenannte "BRD-Richter" in Deutschland tun und lassen, was sie wollen, da sie ja kein "Urteil", "Beschluss" etc. unterschreiben, und somit kann ihnen unter anderen rechtstaatlichen Bedingungen nichts zum Verhängnis werden (Die einzige Unterschrift wird von Justizangestellten geleistet und ist somit juristisch irrelevant und nicht rechtsverbindlich.)

Was nun aber die Frage der sogenannten "Schulbubenhaftigkeit" sogenannter "BGH-Anwälte" angeht, so betrifft dies alle sogenannten "BRD-Anwälte": Ihnen wird gelehrt, sie unterlägen dem Rechtsberatungsgesetz aus der NS-Zeit.

Jeder "Anwalt", der sich heute dieser Willkür entgegenstellt, ist morgen Alg-II-Empfänger, da er nach diesem (für ihn angeblich geltenden) Gesetz in erster Linie seinem Berufsstand (also alle "Rechtsanwälte" und "Richter") verpflichtet ist aber NICHT seinem Klienten! (<http://www.saar-echo.de/de/art.php?a=30970>)

LESERZUSCHRIFTEN SAAR ECHO (08.03.2006 11:59)

Richter sind keine Richter

Manfred Herzog. Teutschenthal

Zum Artikel "Wieso dürfen Richter richten, wie sie wollen?": Die Wurzel allen Übels ist nicht die Kontrolle der "Richter" in Deutschland, sondern daß die sich so bezeichnenden de jure keine sind. Auch eine Kontrolle durch andere "Richter" ändert daran nichts, da auch diese Anderen gemäß ZPO § 317 Abs. 2 ihre handschriftliche Unterschrift in Original und Ausfertigung schuldig sind und somit

Willkür betreiben. Unterschreiben dürfen sie nicht, da sie wissen, daß die Streichung des Artikels 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 17. Juli 1999 in Paris sämtliche nachfolgenden Gesetze sowie das Grundgesetz selbst ersatzlos aufhebt und sie mit ihrer Unterschrift Amtsanmaßung begehen würden.

Vom Anwalt zum Alg-Empfänger Manfred Herzog. Teutschenthal

Zur Serie "Rechts- oder Unrechtsstaat": Wie ich schon einmal in einem Leserbrief schrieb, können sogenannte "BRD-Richter" in Deutschland tun und lassen, was sie wollen, da sie ja kein "Urteil", "Beschluss" etc. unterschreiben, und somit kann ihnen unter anderen rechtstaatlichen Bedingungen nichts zum Verhängnis werden (Die einzige Unterschrift wird von Justizangestellten geleistet und ist somit juristisch irrelevant und nicht rechtsverbindlich.)

[http://unglaublichkeiten.com/unglaublichkeiten/htmlphp2/u2\\_1821Muster.html](http://unglaublichkeiten.com/unglaublichkeiten/htmlphp2/u2_1821Muster.html)

"Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft-BRD"(OMF-BRD)

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, sondern nur "die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft", die unter Verstoß gegen geltendes Völkerrecht dem Deutschen Teilvolk in den westlichen Besatzungszonen von den Siegermächten USA und Großbritannien aufgezwungen worden sei. Als völkerrechtswidriges Konstrukt äußere das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" keinerlei Rechtswirkungen, sondern habe nur angesichts der gegebenen Machtverhältnisse eine rein tatsächliche Bedeutung.

Staats- und Völkerrechtlers Prof. Dr. Carlo Schmid, am 8. September 1948 in seiner Eigenschaft als Abgesandter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor dem Parlamentarischen Rat

Gerd Honsik: Die ganze Wahrheit über Carlo Schmid: Das Gegenteil ist wahr! - Die Halbwahrheit beruft sich gerne auf ihre Verwandtschaft mit der Wahrheit – doch stimmt dies nur zur Hälfte. Hurra! Die Illegalität bleibt uns erspart! Keine Kurskorrektur für das volktreue Lager im deutschen Raum! Mein Fehler bestand darin, zunächst auf die Richtigkeit mir zugesandter Interpretationen der Rede von Carlo Schmid vertraut zu haben, ohne mich selbst von der Gediegenheit solcher Deutung zu überzeugen. Ich meine, nun darf ein verhängnisvoller Irrtum ausgeräumt werden!

Kawi Schneider: SHAEF-Gesetze - Die Gesetze der alliierten Militärregierung des besetzten Teil Deutschlands (= ohne Neuschwabenland und Geheimbasen) 1945 - 2006 Ich danke unserem Reichskanzler des 2ten Deutschen Reichs, Wolfgang G. G. Ebel, sehr herzlich für seine unglaublich tapfere Aufklärungsarbeit. Er hat mir und anderen kürzlich in Berlin in einem Kursus überzeugend vermittelt, daß die BRD tatsächlich aufgelöst ist und daß die Alliierten die Wiederherstellung des 2ten Deutschen Reichs planen. In Form der KRR ist dabei schon ein Anfang gemacht: Kanzler Ebel war bereits vor 1990 Vorgesetzter der BRD-Führung!

Bundesbürger = staatenlose Versuchstiere eines Schurkenstaates? - Das Bayerische Staatsministerium des Innern gibt plötzlich offiziell zu, daß BRD-Papiere keine Staatsbürgerschaft indizieren - und damit indirekt, daß Bundesbürger staatenlose Opfer des Schurken- und Simulationsstaates BRD sind.

Bayern ist das einzige "Bundesland", daß eine Verfassung hat, weil die West-Alliierten Bayern wegen ihrer Konflikte mit der Sowjetunion seinerzeit als Rettungsboot für den Fall installiert hatten, daß Groß-Berlin mitsamt seinem besonderen Viermächtestatus irgendwann mal "den Bach runtergehen könnte": Dann wollte man mit Bayern ein zumindest kriegs- und besatzungsrechtliches Gegengewicht, mit Verfassung und Staatspotential eben, gegen ein etwaig komplett an die Sowjetunion verlorenes Groß-Berlin im Petto gehabt haben.